

Pressemitteilung
10.06.2026

Landkreisversammlung 2026

Präsident Thomas Karmasin fordert Kurswechsel für die Landkreise

Starke Landkreise brauchen starke Finanzen, weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielraum

Im Rahmen der Landkreisversammlung 2026 des Bayerischen Landkreistags in Fürstenfeldbruck ist der Landrat des Landkreises Fürstenfeldbruck, **Thomas Karmasin**, als Präsident des Bayerischen Landkreistags einstimmig wiedergewählt worden. Im Anschluss an die Neuwahlen diskutierte Karmasin mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten **Dr. Markus Söder, MdL**, über die Zukunft und die drängendsten Herausforderungen für Bayerns Landkreise.

Im Mittelpunkt des Austauschs standen die dramatische Finanzlage der Kommunen, die steigenden Sozialausgaben, die Zukunft der Krankenhäuser, die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der notwendige Bürokratieabbau. Die Landkreise befinden sich seit Jahren im Krisenmodus – angefangen von der Flüchtlingskrise über die Corona-Krise bis nun zur Haushaltskrise.

Kommunalfinanzen: „Die Schieflage ist längst strukturell“

Karmasin machte deutlich, dass die Haushaltskrise eine der schwierigsten politischen Aufgaben überhaupt sei. Die Landkreise würden sich einer Politik ausgesetzt sehen, die sie nicht beeinflussen könnten. Die kommunalen Haushalte befinden sich in einer historischen Belastungssituation. Die kommunalen Finanzierungssalden hätten sich in Bayern in den Jahren 2024 und 2025 auf insgesamt mehr als zehn Milliarden Euro Defizit summiert. Zwar seien im Jahr 2024 die kommunalen Steuereinnahmen um rund 340 Millionen Euro gestiegen, gleichzeitig hätten sich die Sozialausgaben aber um mehr als 1,1 Milliarden Euro erhöht. „Noch bevor wir Schulen sanieren, Straßen erhalten oder den ÖPNV finanzieren können, ist das zusätzliche Geld bereits mehrfach aufgebraucht“, so Karmasin.

Positiv bewertete Karmasin die gemeinsam mit dem Freistaat vereinbarte schrittweise Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 12,75 auf

13,5 % bis 2027. Angesichts der Dimension der Defizite seien jedoch weitere strukturelle Verbesserungen in Richtung eines 15 %-Anteils erforderlich.

Mit Blick auf den Bund stellt Präsident Karmasin klar: „Wer Leistungen bestellt, muss sie auch bezahlen. Dieser Grundsatz muss endlich in Berlin wieder gelten.“ Der Bayerische Ministerpräsident sicherte zu, dass er sich in Berlin dafür einsetzen werde.

Krankenhäuser: Kommunale Träger am Limit

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die wirtschaftliche Situation der kommunalen Krankenhäuser. Karmasin warnte vor den Folgen des geplanten GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes. Nach Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände drohten den kommunalen Klinikträgern in Bayern ab 2027 zusätzliche Belastungen von rund 955 Millionen Euro jährlich. „Wenn die Landkreise noch höhere Defizite für die kommunalen Krankenhäuser ausgleichen müssen, geschieht das am Ende mit Geld, das für Schulen, Straßen oder den öffentlichen Nahverkehr gebraucht wird.“ Die Landkreise fordern deshalb eine vollständige Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch den Bund sowie eine Krankenhauspolitik, die Versorgungssicherheit und Finanzierbarkeit gleichermaßen berücksichtigt.

Der Bayerische Ministerpräsident versprach, dass man eine gemeinsame Lösung für die Krankenhäuser finden werde.

Kinder- und Jugendhilfe: „Ein perfekter Sturm“

Besonders eindringlich schilderte der Präsident die Entwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe. „Wir erleben derzeit einen perfekten Sturm aus steigenden Fallzahlen, Fachkräftemangel, Tarifsteigerungen, neuen Rechtsansprüchen und Defiziten in anderen Hilfesystemen.“ Die bayerischen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe seien auf rund 10,9 Milliarden Euro gestiegen. Besonders dynamisch entwickelten sich die Hilfen zur Erziehung und die Eingliederungshilfe. Als Beispiel nannte Karmasin die Kostenentwicklung bei der Heimerziehung: Während ein Platz vor wenigen Jahren häufig noch rund 4.500 Euro monatlich gekostet habe, lägen die Kosten heute oftmals zwischen 7.000 und 8.000 Euro, in Einzelfällen sogar bei bis zu 15.000 Euro pro Monat. Karmasin forderte, kleinteilige und mit hohem Bürokratieaufwand für alle Beteiligten verbundenen Leistungsansprüche zurückzufahren und den Landkreisen wieder mehr Gestaltungsspielräume zu geben.

Mit Blick auf die geplante Reform des SGB VIII warnte Karmasin vor erheblichen Mehrbelastungen für die kommunale Ebene. Allein in Bayern würden mindestens 506 zusätzliche Stellen sowie laufende Verwaltungskosten von rund 49 Millionen Euro jährlich erwartet.

Bürokratieabbau: „Mehr Vertrauen in die Kommunen“

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über Bürokratie und Verwaltungsaufwand ein. Karmasin begrüßte die Arbeit der Staatsreformkommission und warb für eine konsequente Entlastung der kommunalen Ebene. „Deutschland ist oft Weltmeister bei der Verfahrensbeschreibung, aber nicht immer bei der Problemlösung.“ Die Landkreise fordern insbesondere weniger Dokumentationspflichten, weniger Doppelprüfungen, schnellere Verfahren und klarere Zuständigkeiten. „Wir brauchen wieder mehr Vertrauen in die kommunale Ebene. Die Menschen erwarten Lösungen – nicht immer neue Vorgaben.“

Gemeinsame Verantwortung für starke Kommunen

Im Austausch mit Ministerpräsident Söder bestand Einigkeit darüber, dass die kommunale Ebene eine tragende Säule des Freistaats bleibt. Die Landkreise sichern die Krankenhausversorgung, organisieren den ÖPNV, kümmern sich um Jugendhilfe und Sozialleistungen, investieren in Schulen und Infrastruktur und gewährleisten den Bevölkerungsschutz vor Ort.

Zum Abschluss unterstrich Karmasin die Bedeutung einer leistungsfähigen kommunalen Ebene: „Die Landkreise jammern nicht. Sie übernehmen Verantwortung – jeden Tag. Aber dafür brauchen wir finanzielle Luft zum Arbeiten, weniger Bürokratie und verlässliche Rahmenbedingungen. Denn starke Landkreise sichern am Ende auch ein starkes Bayern.“

Bildunterschrift:

V.l.n.r.: Vizepräsident Armin Kroder, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Andrea Degl, Präsident Thomas Karmasin, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, Vizepräsidentin Tamara Bischof und Vizepräsident Dr. Oliver Bär

Der Bayerische Landkreistag

Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern neben dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Städtetag und dem Bayerischen Bezirktetag. Er vertritt die 71 bayerischen Landkreise. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken. Als Anwalt der bayerischen Landkreise berät der Bayerische Landkreistag seine Mitglieder und tritt für die Stärkung des ländlichen Raums ein. Präsident des Bayerischen Landkreistags ist der Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin. Als Geschäftsführendes Präsidialmitglied leitet Andrea Degl die Geschäftsstelle.

Pressekontakt

Pressestelle des Bayerischen Landkreistags
Sarah Honold, Pressesprecherin
Telefon: 089/286615-25
Mobil: 0172/6219776

Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
www.bay-landkreistag.de

Besuchen Sie uns auf:

